

Energiepolitik: quo vadis?

Der Bundesrat hält an seiner «Energiestrategie 2050» fest. Diese zielt mittelfristig auf den Verzicht auf Kernenergie ab. Ein Jahr nach dem Grundsatzentscheid ist die Strategie allerdings noch nicht sehr konkret. Geplant sind zusätzliche Wasserkraftwerke, der Ausbau der neuen Erneuerbaren, Energieeffizienzmassnahmen, Gaskraftwerke sowie Stromimporte. Gegen die meisten Vorhaben des Bundesrats regt sich jetzt schon Widerstand.

Als der Bundesrat und das Parlament unter dem Eindruck des Reaktorunfalls vom 11. März 2011 in Fukushima-Daiichi den Atomausstieg aufgleisten, war in Japan die Analyse des Unfalls bei weitem nicht abgeschlossen. Heute ist klar: Fukushima war nicht das Restrisiko, sondern die bittere Folge mangelnder Sicherheitskultur. Dessen ungeachtet hält der Bundesrat an seiner «Energiestrategie 2050» fest und will den Strombedarf der Schweiz künftig ohne Kernkraftwerke decken. Dafür braucht es laut Energieministerin Doris Leuthard Zeit, grosse Anstrengungen und ein Umdenken.

Mitte April 2012 hat der Bundesrat ein erstes Massnahmenpaket der «Energiestrategie 2050» bekannt gegeben. Dieses sieht in erster Linie die intensive Förderung der Energieeffizienz, der Wasserkraft und der neuen erneuerbaren Energien vor. Der verbleibende Strombedarf soll mit Gaskombikraftwerken und Stromimporten gedeckt werden. An den bestehenden Klimazielen will der Bundesrat festhalten.

Stromverbrauch vom Wirtschaftswachstum entkoppeln?

Mit einem ganzen Katalog von Vorschriften, zusätzlichen Abgaben und Anreizmodellen will der Bundesrat dafür sorgen, dass 2050 der Stromverbrauch der Schweiz um rund 35 Terawattstunden

(TWh) gegenüber dem «Weiter wie bisher»-Szenario gesenkt wird. Gemäss neuer Energiestrategie würde die Schweiz im Jahr 2050 nicht viel mehr Strom verbrauchen als heute.

Bis anhin hat sich der Stromverbrauch jedoch immer mit dem Wirtschaftswachstum nach oben entwickelt. Dass die Schweizer Wirtschaft weiter wachsen wird, wünscht selbstverständlich auch der Bundesrat. Ob sie es schafft, ohne dabei massiv mehr Strom zu verbrauchen, ist sehr fragwürdig. Die Industrie soll im Übrigen bei Vorschriften und Abgaben geschont werden. Darüber hinaus will die neue Energiestrategie den Verbrauch fossiler Energien reduzieren. Das dürfte zu einem höheren Stromanteil am Gesamtenergieverbrauch führen. Es dürfte trotz aller Effizienzförderungsmaßnahmen und Sparzwängen sehr schwer werden, den Stromverbrauch auf heutigem Niveau zu halten.

Erneuerbare Energien

Wind, Biomasse und Sonne tragen aktuell etwa ein halbes Prozent zur Schweizer Stromproduktion bei. Bis 2050 sollen die Erneuerbaren inklusive Wasserkraft gut 20 TWh mehr produzieren als heute. Gemäss Berechnungen des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) bräuchte es dafür etwa

zehn Speicherkraftwerke wie die Grande Dixence, 26 Laufwasserkraftwerke oder 6600 Kleinwasserkraftwerke. Diese Rechnungen sind aber alle theoretischer Natur, denn das Bundesamt für Energie rechnet für neue Wasserkraftwerke mit einem zusätzlichen Potenzial von rund 3 TWh. Umweltschutzverbände gehen sogar noch weniger weit und sprechen von gut der Hälfte. Für den Fall, dass mehr geplant werden sollte, haben sie mit einer Gewässerschutz-Initiative gedroht.

Bei den erneuerbaren Energien listet das erste Massnahmenpaket die zukünftige Ausgestaltung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) auf. Hinzu kommen ein «Förderprogramm Tiefengeothermie», eine Vereinfachung der Bewilligungsverfahren und «Gebietsausscheidungen für Anlagen zur Produktion von Strom mit erneuerbaren Energien». Mit diesen Massnahmen werden laut Bundesrat «die Potenziale der erneuerbaren Energien bis 2050 erschlossen und gefördert». Darüber hinaus sind demzufolge in diesem Bereich keine weiteren Massnahmen zu erwarten.

Alternativen: Gas oder Import?

Je nachdem, wie erfolgreich und wie schnell die aufgezählten Massnahmen umgesetzt werden können, braucht es in der Schweiz bis zu sieben grosse Gas-

kombikraftwerke. Kann der Stromkonsum nicht wie geplant gebremst werden, dürften es noch mehr sein. Dabei setzt der Bundesrat auf das «Verhalten von Wirtschaft und Gesellschaft» und weist damit die Schuld für ein allfälliges Scheitern seiner Strategie prophylaktisch von sich.

Zusätzlich zu den Gaskraftwerken würde die fossile Stromproduktion durch Wärmekraftkopplungsanlagen (WKK) erhöht werden. In beiden Fällen wären wir auf entsprechende Gaslieferungen aus dem Ausland angewiesen. Als Alternative schlägt die «Energiestrategie 2050» vor, den fehlenden Strom direkt zu importieren. Unsere Versorgungssicherheit und unsere Klimabilanz leiden in beiden Fällen.

Auf halbem Weg

Laut Bundesrat werden die Ziele seiner neuen Energiepolitik mit dem angekündigten ersten Massnahmenpaket nur rund zur Hälfte erfüllt. Für den Rest verwies der Bundesrat im April 2012 auf weitere Massnahmen, die erst noch definiert werden sollen. Die Mehrkosten für die erste Runde hat der Bundesrat jedoch schon beziffert: bis 2050 rund eine Milliarde Franken pro Jahr für zusätzliche Stromproduktion sowie etwa 1,7 Milliarden jährlich «für die Massnahmen im Gebäudebereich und die Förderung der erneuerbaren

Energien». Diese Fördergelder sollen aus der massiven Erhöhung der Abgaben auf CO₂ und für die KEV finanziert werden. Ab 2020 könnten diese zu einer «Energieabgabe auf sämtliche Energieträger weiterentwickelt werden».

Der Bundesrat räumt ein, dass die Kosten für den Ausbau des Stromnetzes noch nicht berücksichtigt wurden. Dieser ist schon heute dringend nötig, bei einem kompletten Umbau unserer Stromversorgung erst recht. Da die einfachsten und effizientesten Massnahmen mit dem ersten Paket schon ausgeschöpft werden, kann es in der nächsten Phase nur noch schwieriger und noch teurer werden. Es bleibt zum jetzigen Zeitpunkt fraglich, ob die ambitionierten Ziele der neuen Energiepolitik je erreicht werden können. Auch die Fragen nach den Mitteln und den Kosten dafür können heute nicht abschliessend beantwortet werden.

Energiepolitischer Kopfstand

Vor Fukushima zielte die Schweizer Energiepolitik auf eine möglichst hohe Unabhängigkeit, auf berechenbare Strompreise sowie eine möglichst geringe Belastung der Umwelt ab. Das erreichen wir heute mit dem bewährten Strommix aus Wasserkraft, neuen Erneuerbaren und Kernenergie. Unsere Kernkraftwerke sind heute

sogar noch sicherer als vor Fukushima. Im internationalen Vergleich gehören sie zu den besten. Das haben die EU-Stresstests ebenso gezeigt wie kürzlich die Beurteilungen durch die Organisation der europäischen Atomaufsichtsbehörden. Auch Bundesrätin Leuthard hat unlängst die Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke in den Medien bestätigt und sich gegen eine Beschränkung der Laufzeiten ausgesprochen.

Die neue Energiepolitik des Bundesrats bleibt auch nach den neusten Ausführungen von Mitte April widersprüchlich. So bestehen Widersprüche zwischen fossiler Stromproduktion und Klimaschutz, zwischen Wasserkraft- und Windprojekten und Gewässer- und Landschaftsschutz, zwischen Kosten und vorhandenen Mitteln sowie zwischen Versorgungssicherheit und zunehmender Importabhängigkeit. Die neue Energiepolitik basiert zudem auf fragwürdigen Prognosen, insbesondere was den künftigen Stromverbrauch anbelangt. Die Folgen dieser Politik liegen hingegen auf der Hand: Die Energie wird teurer, die Klimaziele werden verfehlt und die Auslandabhängigkeit unserer Energieversorgung nimmt zu. ●

Kontakt

www.nuklearforum.ch

Geplanter Strommix 2050: etwa 60% Wasserkraft, 30% neue Erneuerbare (heute 0,5%) und 10% Fossile (heute rund 3%). Heute liefern die Schweizer Kernkraftwerke gut 40% des in der Schweiz produzierten Stroms.

